

für ganz Großbritannien und Irland nimmt Bestellungen entgegen die deutsche Buchhandlung von Franz Thimm, 3 Brook Street Grosvenor Square, London, W. und 32 Princess Street, Manchester.

Die Danziger Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage um 5 Uhr Nachmittags. Bestellungen werden in der Expedition (Gerbergasse 2) und auswärts bei allen Reg. Postanstalten eingenommen.

# Danziger Zeitung



Organ für West- und Ostpreußen.

## Vintliche Nachrichten.

Am Pädagogium in Züllichau ist der ordentliche Lehrer Fund zum Oberlehrer befördert;

Am Gymnasium zu Brandenburg die Anstellung des Schulamtskandidaten Heinrich Lange als Kollaborator; so wie

Am Gymnasium zu Colberg die Anstellung des Dr. Neichenbach als ordentlicher Lehrer genehmigt; und

An dem Gymnasium zu Magdeburg der wissenschaftliche Hilfslehrer Wolfrom als ordentlicher Lehrer angestellt worden.

(W.T.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 24. Februar. Hier eingetroffene Nachrichten aus Rom vom 21. d. melden, daß am verwichenen Sonntag eine Commission aus 10 Kardinälen bestehend, die Antwort auf die Thouvenel'sche Depesche berathen habe. Es wird versichert, daß Se. Heiligkeit der Papst ein eigenhändiges Schreiben vom König von Sardinien erhalten habe, welches die Unmöglichkeit nachweist, daß der Papst die Marken und Umbrien halten könne, und ein desfallsiges Uebereinkommen vorschlage. Die Antwort des Papstes soll eine verneinende gewesen und in derselben ausgesprochen sein, daß der heilige Vater auf Alles gefaßt sei.

Paris, den 23. Februar. Die heutige "Patrie" sagt, indem sie von Briefen aus Savoyen spricht, welche Annexion an die Schweiz fordern, daß Klugheit die beste Politik für die Schweiz sein würde. Wenn sie Chablais und Faucigny reclamirt, müsse sie nicht vergessen, daß ein Theil von Genf zu Savoyen gehört habe, und daß ein Theil der Schweiz vollständig italienisch sei.

London, 23. Februar. In der heute stattgehabten Sitzung des Unterhauses wurde die Debatte über das Amendment Du Cane's, betreffend Verminderung der Einnahmen und Erhöhung der Einkommensteuer, fortgesetzt. Hubard griff das Budget und den Handelsvertrag an, der blos Frankreich günstig sei. Baines vertheidigte dieselben. Auch Bright sprach sich gegen das Amendment aus, indem er sagte, dasselbe annehmen hieße eine neue Regierung, erhöhte indirekte Taxen und Entfernung von Frankreich wollen. Die Concessions, die Frankreich im Handelsvertrage gemacht habe, seien größer als die von England gemachten. Baring sprach für das Amendment. Die Debatte wurde schließlich vertagt, und wird die Abstimmung mit wahrscheinlicher ministerieller Majorität von 60 bis 80 Stimmen morgen erwartet.

Kopenhagen, den 23. Februar. „Fædrelandet“ sagt, daß morgen die Bildung des neuen Ministeriums beendet sein werde und hält folgende Ministerliste als wahrscheinlich: Hall Auswärtiges, Fenger Finanzen, Thestrup Krieg, Bille Marine, Monrad Cultus und Inneres, Casse Justiz, Wolfsberg Schleswig, Unsgaard Conseils-Präsident und Holstein-Lauenburg. „Fædrelandet“ setzt hinzu, es sei unsicher, ob die beiden letztgenannten die Portefeuilles erhalten werden.

## Die Wehrverfassung.

I.

Es ist nicht die Aufgabe der Tagespresse, sich mit ihrer täglich aufgerichteten Tribüne zur competenten Richterin über große legislatorische Arbeiten, welche vielleicht für ein Jahrhun-

## Das Reich Marocco.

(Schluß.)

Nächst dem Heere und der Religion stützt sich die kaiserliche Reichshoheit auf die Weiblichkeit; der Harem von 7 bis 800 Weibern ist ein Mittel der politischen Herrschaft. Wenn eine mächtige Familie sich aufrührerisch zeigt und der Waffengebrauch gegen sie unthunlich dünkt, so nimmt man zum Ehesch seine Zuflucht; der Kaiser verlangt vom Familienhaupt eine seiner Töchter zur Frau und vergoldet seinen Antrag mit reichen Geschenken. So wird der Aufstand durch Ehegeiz und Begier entwaffnet, der Vater gibt seine Tochter zum Harem hin, die stolz darauf ist, die endlosen Gynäceen des Hofes zu schmücken. Hat sie dem Sultan einen Sohn geboren, so bringt regelmäßig die Ehescheidung sie ihrer Familie zurück, der sie einen kleinen Scherif, einen kleinen Thronerben, zuführt. Auf diese Art erweitert sich der Kreis der Anhänger des Kaisers und zugleich erklärt dies Verfahren die erstaunliche Menge von kaiserlichen Blutsverwandten, welche in den Hofstaaten und Bürgerkriegen eine Rolle spielen. Ganze Landschaften, wie Tafilet, sind mit dynastischen Sprossen bewölkt, und gründen dieselben auf ihre Aukunft das Recht zum Mäziggang und zur Bettelei.

Welcher nervus rerum im Gelde steht, das ist den Sultannen von Marocco nicht unbekannt geblieben; schon der Koran hat dafür gesorgt, mittelst des Aschour, des Behntens vom Korn. Die Sultane haben hierzu noch andere Hilfsmittel gesäßt: Finanzmonopole, die Kopfsteuer der Juden, Zölle, eine Steuer auf jedes einzelne Karavanenkameel und auf die Waaren, welche die Karawane tragen. Kenntnis von dem Objekt der Besteuerung verschafft die Regierung durch Ernennung der Karavanenbefehlshaber, der Khediv's. Ueberties findet die kaiserliche Geldgier in weniger regelmäßigen Einnahmen, als Confiscationen von Erbschaften, Heraubung der Reichen, willkürlichen Geldbußen, zwangsläufigen Opfergaben, Münzverschlechterung, Gewaltthäufigkeiten beim Handelsverkehr reichliche Nahrung. Die Expressum kleidet sich oft in das Gewand der Gerechtigkeit. Wird ein Pascha wegen Ausbeutung seiner Provinzialen denunziert, was nur zu oft seinen guten

dert entscheidend sind, zu machen. Aber es ist die Pflicht der Tagespresse, in einem Augenblicke, wo alle Meinungen, welche irgend von Gewicht sind, sich geltend machen, diese zu propagiren. Die Pflicht des Patrioten bei solchen Vorlagen, wie die jüngst im Abgeordnetenhaus gemacht, ist, mit seiner Meinung nicht hinter dem Berge zu halten. Von dieser Pflicht machen wir Gebrauch.

Wir wollen keine Kritik der Regierungsvorlage geben. Dieselbe berührt die politische, finanzielle und militärische Seite des gesamten Staatslebens. Sie ist hervorgegangen aus den Berathungen des Gesamtministeriums. Wir hoffen, daß dieses der politischen und finanziellen Seite der Frage eine nicht mindere Beachtung, eine nicht minder eingehende Berathung, als der blos technisch-militärischen geschenkt hat; wäre das nicht der Fall, so wäre die neue Heeresverfassung eine einseitige Fehlgeburt.

Das Wehrsystem eines Staates darf politischen Spekulationen nicht zur Grundlage dienen. Es muß sich darauf beschränken, die Integrität des Staates aufrecht, seine Ehre unbeschleckt zu erhalten. Das sind die ideellen Aufgaben, welche jedes Militärsystem zu leisten hat. Ein Militärsystem, welches auf Eroberungskriege hinzielt, ist ein unnatürliches. Es schlägt den erobernden Staat selbst und verdamm't ihn zur Unfreiheit.

Wohl sind wir mit den Motiven der Regierungsvorlage einverstanden, daß Preußen einer starken Wehrkraft bedarf, um seine europäische, seine deutsche Großmachtstellung aufrecht zu erhalten. Wir sind aber der Ansicht, daß die europäische Großmachtstellung Preußens nicht von der deutschen Machtstellung unseres Vaterlandes zu trennen ist.

Die europäische Pentarchie ist zur Zeit eine Phantasie. Österreich verbütlutet an den Wunden einer unjeligen Finanzwirtschaft, einer selbstmörderischen inneren Politik. Es muß die Dictate Frankreichs über sich ergehen lassen, will es nicht in einem neuen Kriege sein Verderben beschleunigen. England ist ohne jede Landmacht. Seine Marine genießt nun noch den succès d'estime. Preußens Regierung verlangt erst von der Landesvertretung wieder die Mittel, um in die Pentarchie einzutreten zu können.

Preußen war jedoch nur unter Friedrich dem Großen und in den ersten Jahren Friedrich Wilhelm II. eine reale europäische Großmacht. Friedrich der Große kämpfte nicht allein gegen Kaiser, Kaiserin und Reich, sondern auch gegen Frankreich, Russland und Schweden. Sein Nachfolger machte noch einmal eine Anstrengung einer selbstständigen europäischen Politik Preußens, um die Integrität der Türkei aufrecht zu erhalten. Aber als zu Pillnitz Preußen sich zu der unglückseligen Interventionspolitik Österreichs bekannt, sank es immer mehr von der stolzen Höhe herab, auf die es das Genie eines Einzelnen gehoben.

Im Jahre 1813 trat Preußen an die Spitze der deutschen Erhebung. Für zwei Jahre war Preußen der Hegemon des deutschen Volkes. Aber sobald Preußen die Sache des deutschen Volkes aufgab, sobald es am Bundestag kleine und elende Intrigen förderte, charakterlosen Staatsmännern wie Nagler und Kampf das Interesse des Landes anvertraute, sank es wieder in die frühere Niedrigkeit zurück. Durch diese politische Niedrigkeit wird Preußen stets gestraft werden, sobald es nicht versteh't, sich

Grund hat, — dann geht es dem Herrn freilich an die Kehle, und es kommt oft zu den abschrecklichsten Strafen. Aber der Sultan, der das Verbrechen bestraft, will auch nicht leer ausgehen; er eignet sich foggam selber das Geld an und scharrt es in den düsteren geheimnisvollen Kellern seiner Schlösser zu Mequinez und Taflet an, wo es von Schwarzen bewacht wird.

Die Einnahmen des kaiserl. und Staatshaushaltes müssen sehr hoch hinaufgehen; Gewißheit hat man über den Betrag nicht. Eine Million jährlicher Ersparnis würde seit den 300 Jahren der Sherifsherrschaft 300 Millionen geben und eine Million ist überhaupt wenig genommen als Überschuss einer Wirthschaft, welche wie keine andere in der Welt das Räthsel einer willigen Regierung zu lösen gewußt hat, nämlich zum eignen Vortheil. Der Minister der anständigen Angelegenheiten bezahlt 75 Francs monatlich, der Gouverneur von Taflet 50 Francs. Keine Aussage wird auf öffentliche Arbeit verwandt, es gibt weder Strafen, noch Brüten, noch Häfen, noch eine wirkliche Marine.

Man darf sich nicht wundern, wenn das Beispiel des Herrschers bei seinen Beamten Nachahmung findet. Wie der Herr, so der Diener. In einem Lande, wo die Regierung von Empfehlungen und vom Raube lebt, besticht und prellt die ganze Stufenreihe der Beamten vom Minister bis zum letzten Zollausseher die Regierten. Ein solches System fügt Schrecken und erneut Hass. Unter der Decke eines allgemeinen Schweigens lauert stets der Geist der Empörung und beim ersten Anstoß bricht sie hervor. Je weiter man sich vom Mittelpunkt des Reiches entfernt, desto mehr schwindet die Unterwürfigkeit. So haben sich die Beherrschter Maroco's nach und nach ihre Gewalt über die Länder südlich vom Atlas aus den Händen schlüpfen lassen, ein Theil des Landes Sus (mit der Hauptstadt Tarudant) Süd-Nun, der Staat Sidi-Hescham, die Dase Tuat haben sich unabhängig gemacht.

An den Grenzen Maroco's und in den Bergen des Rif leben die nomadischen oder ansässigen Stämme in geschlossenem Zustand. Da, wie gesagt, jeder Thronwechsel den Bürgerkrieg entflamm't, für den die Bodengestalt des Landes wie geschaffen erscheint, so würde bei dem Mangel eines straffen Verwaltungszuges und

die Herzen der anderen deutschen Stämme zu verschaffen. Preußen ist aber sofort eine Großmacht, wenn es weiß, daß der Ober-Rhein seine Vertheidigungslinie und 200,000 deutsche Bundesstruppen seine Reserve sind. Diese Reserve kann es durch energische Politik nach Außen und Innen gewinnen. Sie im eigenen Lande zu ergänzen, halten wir für unmöglich.

In der Zeit der großen Volkserhebung wurde die Landwehr, das Werk Scharnhorst's und Boyen's, ins Leben gerufen. Die Grundsätze, welche bei der ursprünglichen Schöpfung der Landwehr die geltenden waren, waren auch bei der Landwehr-Ordnung vom 21. November 1815 maßgebend.

Durch diese Errichtung der Landwehr, heißt es dort, zeigte es sich bald, daß sie auch fähig sei, fortwährend zur Vertheidigung des Vaterlandes beizutragen, da es durch ihre Beibehaltung möglich wird, die Kosten, welche sonst die Erhaltung der bewaffneten Macht forderte, zu vermindern und den einzelnen Krieger früher, als es sonst möglich war, seiner Heimat und seinem Gewerbe zurück zu geben. Diese großen Vortheile bestimmten die Erhaltung der Landwehr im Frieden. An den mäßigen Umfang des sichenden Heeres schlägt sich künftig die Landwehr....

Derselbe stolze Geist, der einst die Landwehr ins Leben rief — ein Institut, welches, beiläufig gesagt, bereits Spinosa 150 Jahre vor den Befreiungskriegen empfohlen — besteht auch die Landsturmordnung. Es war damals mehr als schöne Phrase, wenn es in derselben heißt:

„Ein Volk, welches eins mit seinem Könige ist, kann nicht besiegt werden. Diese Unüberwindlichkeit hängt nicht von einer besonderen Beschaffenheit des Terrains ab. Die Sümpfe der alten Deutschen, die Gräben und Kanäle der Niederländer, die Hecken und das Buschwerk der Wenden, die Wüsten Arabiens, die Berge der Schweizer, der wechselnde Boen der Spanier und Portugiesen haben, vom Volke vertheidigt, stets ein und dieselbe Folge erzeugt.“

Hat auch der Angreifer die Wahl des Angriffspunktes für sich, Vaterlandsliebe, Ausdauer, Erbitterung, nähere Hilfssquellen geben auf die Länge dem Vertheidiger das Uebergewicht.“ (Gesetzesammlung pro 1813. S. 25 seq.)

Bor einem Jahre gab ein Antrag im Abgeordnetenhaus der allgemein getheilten Besürfung Ausdruck, daß eine radicale Abänderung des Wehrsystems beabsichtigt werde. Hiegegen verwahrte sich unter lebhaftem Beifall des Hauses der damalige Kriegsminister Herr v. Bonin. Ein einflußreiches Mitglied der liberalen Partei äußerte sich damals privat: Das Landwehrsystem sei mindestens eben so viel werth, als die ganze Verfassung. Es verhindere ein großes stehentes Heer und lege die Vertheidigung des Vaterlandes in die Hände des Volkes.

Hören wir, was eine Autorität im Staatsrechte, Prof. Gneist, über die Landwehr äußert.

## Landtags-Verhandlungen.

18. Sitzung des Abgeordneten-Hauses.

am 24. Februar.

Es nimmt vor Beginn der General-Diskussion über die Gebäudesteuer der Berichterstatter Hr. Burghard das Wort, um die Behaup-

tung auch nur mittelmäßiger Communicationen, der innere Zusammenshalt und äußere Bestand des Reiches alle Augenblicke in der höchsten Gefahr schwelen, wenn nicht das Gesamtleben der Maroccaner, d. h. ihr gesellschaftlicher Zustand eine gediegene Grundlage in der Selbstregierung der Urgemeinden, in der Familie und im Geschlechterstamm befehlt. Von oben her wenig regiert, verwalten sich die Maroccaner desto besser in der Sphäre des Stammes, aristokratisch bei den Arabern, demokratisch bei den Berberstämmen. Der Scheich und Kadi, der Gemeinderath und die Moschee haben ihre Wurzel in ehrwürdigen Sitten und Überlieferungen. In ihren Urformen besteht die maroccanische Gesellschaft aus eigener Kraft ohne Antrieb und Schutz der Staatsgewalt. Das Gesamtleben, das auf dem Gipfel, im Haupte, zu wenig concentrirt ist, pulsirt um so lebhafter in den einzelnen Organen. Aus diesem Kern haben die Völker des Maghreb von jeher ihren Lebensmut gesogen und Macht zum Widerstand geschöpft. Das Joch der Karthager, der Römer, der Vandale, der Portugiesen und Spanier haben sie abgeschüttelt und die Eindringlinge verjagt; nur die Araber haben sie zur Theilnahme an dem Erbe ihrer Väter zugelassen, jene Araber, deren Religion sie angenommen hatten.

† (Wagner und die Schröder-Devrient.) Nachdem die deutschen Zeitungen von dem Tode der einzigen großen deutschen Künstlerin anfänglich nur in wenig Worten Notiz nahmen, hat nach und nach auch in vielen größeren Zeitschriften der Verlust, den die deutsche Kunst an ihr erlitten, eine dem Werthe der Dahinchefiedenen angemessene Würdigung gefunden. F. Tiez brachte in der "Boss. Zeitg." Erinnerungen an die erhabene Erscheinung, welche von wärmlster Empfindung eingegeben waren, Fanny Lewald veröffentlichte in der "National-Zeitung" einen interessanten Artikel, der besonders die Natur der Frau in Wilhelmine Schröder-Devrient psychologisch beleuchtete, auch Julian Schmidt wies in den Grenzbüchern auf die künstlerische Bedeutung der Verstorbenen in einem ihr gewidmeten Aufsatz hin. Vielleicht wird es vielen ihrer Verehrer von Interesse sein, eine bedeutende

tung zu widerlegen, daß man für die Gebäudesteuer stimmen könne, aber die Grundsteuer verwerfen müsse, während doch alle 4 Entwürfe ein untreibbares Ganze bilden; auch diejenige Bevorzugnis ist nicht gerechtfertigt, welche sich dahin auspricht, daß durch das Amendingement Benda die Annahme der Gebäudesteuer in Frage gestellt worden ist. Der Abgeordnete v. Altmann ist der Meinung, daß die Gebäudesteuerfrage ebenso gut einer Regulirung bedürfe, als die Grundsteuerfrage, aber der Entwurf wird einer bedeutenden Modifikation bedürfen, welcher weder der Finanzminister, noch diejenigen Abgeordneten, welche das Amendingement Benda neulich angenommen haben, ihre Zustimmung werden versagen können. Diese Modifikation ist in dem von mir eingebrachten Amendingement ausgedrückt und spricht sich dahin aus, daß der Finanzminister auch bei der Gebäudesteuer einen bestimmten Prozentsatz aufsetzt. Das Amendingement lautet: „dem § 5 der Vorlage folgenden Zusatz hinzuzufügen: „Sollte der nach § 3 des Gesetzes vom heutigen Tage betreffende die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vorbehaltene Prozentsatz der Grundsteuer den Satz von 8 p.C. nicht erreichen, so kommt von dem Zeitpunkte an, mit welchem die solcherart festgestellte Grundsteuer zur Hebung kommt, die Gebäudesteuer für das Gebäude, zu § 1 mit der Hälfte, zu § 2 mit dem vierten Theile des Prozentsatzes der Grundsteuer in Hebung.“

Der Abg. Dr. Gneist erklärt sich für den Kommissions-Antrag und gegen alle Amendingemente, welche den Zweck der Steuern altertümlich und die Ausführung derselben auch nur um einen Tag verzögern würden. Es läßt sich aber die Frage auftreten, welchen Einfluß die vorgeschlagene Steuer auf die bisherigen Steuer-Verhältnisse in den Städten haben wird. Die Städte werden vom 1. Januar 1862 mehr für Gebäudesteuer zahlen als jetzt, die Regierung sagt, daß dieser Mehrbetrag sich auf 122,000 R. belaufen, die Commission schlägt ihn auf 200,000 R. an. Wir können den 10jährigen Durchschnitt des Ertrages genau berechnen, wir können die jährliche Steigerung einzeln und nach 10-jährigem Durchschnitt berechnen und wir wissen, daß bei einer 4prozentigen Grundsteuer in Berlin dieselbe 30 bis 32,000 R. jährlich steigt und daß im Jahre 1862 Berlin 100 bis 200,000 R. in 15 Jahren 6 bis 700,000 R. mehr Steuern als veranlaßt ist, zahlen wird. Die Städte können nicht eher zu einer Steuer herangezogen werden, bis das platt Land und der Bauer zu den erhöhten Bedürfnissen des Landes beiträgt und die Einnahmen des Staats müssen vorläufig auch von den Gebäuden unerhöht bleiben, so lange denselben aus den Liegenschaften keine erhöhte Einnahme erwächst.

Der Abg. Dunker (Berlin) wendet sich hauptsächlich gegen die großen Ausgaben der Städte für die Polizeiverwaltung. In Berlin wird für die Polizei viel Geld ausgegeben und doch ist die Wasserfrage (Hr. v. Binde: auch die Feuerfrage), ja auch die Feuerfrage noch nicht in Ordnung. In Berlin hat man bei dem Wohnungsverhältnisse auffallende Extreme constatirt. Es gab Zeiten, wo nur 700 Wohnungen leer standen und andere, wo 4000 unbewohnt blieben, in dem letzteren Falle würde der Eigentümer die Gebäudesteuer tragen und diese würde dann zur Grundsteuer werden, im ersten würde er sie allerdings auf die Mietbaren abwälzen. Berlin ist allerdings nicht Preußen, aber das Wohl des Andern. Und um einen Begriff der Mietsteigerung in Berlin zu haben, wird es genügen, anzuführen, daß im Jahre 1840 der Durchschnittspreis einer Wohnung 94 Thlr. gewesen und im Jahre 1857 auf 115 Thlr. gestiegen ist, die wohlhabenden Klassen können diese Steigerung ertragen, was aber die ärmeren Klassen betrifft, so ist zu constatiren, daß im Jahre 1842 die Wohnungen bis 50 Thlr. 50 p.C. der Gesamtzahl der Wohnungen ausmachten und daß diese im Jahre 1857 auf 44 p.C. gesunken sind. Wir wollen die Regierung auf ihrem Wege zum Ziele unterstützen, aber sie ist eben noch auf dem Wege und ist erst auf der letzten Station angelangt. Nun, wir wollen gern durch Annahme der Gebäudesteuer die Kosten von dieser Station bis an's Ziel zu bezahlen, aber wir können nicht weitergehen. Wir bringen jetzt schon Opfer, die nicht nothwendig wären, wenn man nicht die bisher Befreiungen und Bevorzugungen zu entschädigen beschlossen hätte. Es ist möglich, daß die Regierung durch Annahme meines Amendingements eine Einkasse von etwa 200,000 Thlrn. erleiden wird, aber hoffentlich wird dieser Umstand derselben von geringerem Werthe sein, als der Gedanke, der Unzufriedenheit vorzubeugen, welche die Einführung der Gebäudesteuer bei denen hervorrufen würde, welche nicht begreifen würden, wie sie dazu kämen, Steuern zu zahlen, um andern Entschädigung zu gewähren.

Der Minister des Innern, Graf Schwerin. Der Vorredner hat einen Gründenstand berührt, welcher eigentlich der Debatte fern liegt und eigentlich könnte er sich der Antwort hierauf enthalten, er will jedoch die Gelegenheit nicht verabsäumen, den Bemerkungen des Vorredners in Betreff der Kosten der Berliner Polizei-Verwaltung einige Gegenbemerkungen entgegen zu halten. Es ist nicht zu verfennen, daß die Kosten hoch sind, aber die Theilung derselben zwischen Stadt u. Staat beruht auf einem Gesetz und kann nicht geändert werden. Dass hieraus grobe Inconvenienzen entstehen, ist zugegeben, und der Herr Minister wäre nicht abgeneigt, zu einem Arrangement die Hand zu reichen, das aber deshalb viele Schwierigkeiten haben wird, weil die Natur der Kosten schwer zu präzisieren ist.

Alles, was die Behörde thun kann, ist, die volle Aufmerksamkeit darauf zu richten, daß die der Comune auferlegten Kosten nicht über das Maß der Nothwendigkeit hinausgesteigert werden und diesen Gesichtspunkt wird die Regierung gewiß nicht aus den Augen verlieren.

Der Reg.-Commissar Herr Meineke tritt allen der Regierung gemachten Vorwürfen entgegen. Wäre die neue Gebäudesteuer irgend wem nachtheilig, so führt nicht den Städten, sondern nur dem platten Lande. Von den 393 servipflichtigen Städten werden 300 in ihrer Sauer ermäßigt werden. Was übrigens Berlin betrifft, so ist die Stadt bis jetzt auf eine ganz exceptionelle Weise beginnigst gewesen. Der von Berlin zu zahlende Servis ist durch das Gesetz vom 16. Jan.

Persönlichkeit in der neuen Geschichte der Kunst über sie zu vernehmen. Es ist Richard Wagner, welcher in dem Vorwort zu seinen (1852 erschienenen) „Drei Operndichtungen“ folgendermaßen über sie urtheilt:

„Bereits deutete ich an, welchen außerordentlichen und nachhaltigen Eindruck in früherer Jugend die künstlerische Lebenserscheinung dieser in jeder Hinsicht ungewöhnlichen Frau auf mich gemacht hatte. Jetzt nach einer Zwischenzeit von acht Jahren, trat ich mit ihr in persönliche Verbindung, deren Grund und Zweck meine künstlerische, wie tief bedeutsame Beziehung zu ihr war. Ich traf diese geniale Natur mit sich und ihrem Wesen in die mannigfachsten Widersprüche verwickelt, die mich so beunruhigend mit berührten, als sie mit leidenschaftlicher Heftigkeit in ihr sich äußerten. Die Schröder-Derrient war weder in der Kunst noch im Leben eine Erscheinung jenes Virtuosenthums, das nur durch vollständige Vereinzelung gedeihet und in ihr allein zu glänzen vermag; sie war hier wie dort durchaus Dramatikerin im volliesten Sinne des Worts; sie war auf die Berührung, auf die Verschmelzung mit dem Ganzen hingedrängt und dies Ganze war eben in Leben und Kunst unser sociales Leben und unser theatricalische Kunst. Ich habe nie einen großherzigern Menschen in Kampf mit kleinlicheren Vorstellungen gesehen, als die, welche dieser Frau, durch ihre wiederum nothwendige Berührung mit ihrer Umgebung, von Außen zugeführt worden waren.“

An einer andern Stelle berichtet Wagner von dem Einfluss, den dies außerordentliche Weib unwillkürlich auf seine Arbeiten ausübt, wie sie ferner die Rolle der Senta in seinem „fliegenden Holländer“ mit so genial schöpferischer Vollendung gab, „daß ihre Leistung allein diese Opfer vor völliger Unverständnis von Seiten des Publikums rettete“. Auch die Partie der Venus im Tannhäuser hatte Wagner bekanntlich für die geniale Darstellung der Schröder-Derrient in Dresden berechnet.

† (Ein ergrauter Don Juan.) Aus Paris schreibt man einer deutschen Zeitung: Legitim wurde Mozart's Don Giovanni im italienischen Theater aufgeführt. Zwar wurde diesmal der Don Juan nicht in einen Tenor travestirt und von

1815 festgestellt und seitdem derselbe geblieben. Ferner ist auch die Befürchtung, daß die allgemeine Regulirung der Gebäudesteuerträge durch die Annahme der Gebäudesteuer verzögert werden würde, unbegründet. Das Amendingement Dunker, welches dem Staate eine Einnahme entzieht, scheint nur gestellt, um der Regierung einen Anstoß zu geben, mit der Regulirung der Gebäudesteuer niemals inne zu halten. Die Regierung bedarf eines solchen Anstoßes nicht und wenn ein Herr v. Blankenburg Finanzminister wäre, würde sein erstes sein, die Gebäudesteuerfrage zu reguliren, wenn sie es noch nicht wäre.

Der Abg. Herr v. Blankenburg will gegen die Gebäudesteuer stimmen, wäre der ungünstige Causalnexus nicht vorhanden, so hätte er allenfalls dafür stimmen können. Der Redner hat wiederum mit dem wohlseinen Patriotismus zu thun und bewegt dadurch den Herrn Präsidenten zu der Bemerkung, daß der Friede der Freiheit die weitesten Grenzen gestellt sein sollen, daß aber Ausdrücke wie: „Mangel an Patriotismus“ sicher nicht ungerügt gelassen werden würden.

Der Abg. Freiherr v. Binde (Hagen) wendet sich zuerst gegen Herrn v. Blankenburg, der von glühenden Patriotismus verzehrt wird, aber aus Rechtsgefühl nicht Geld geben will. (Heiterkeit.) Es ist bedauerlich, daß hier immer und immer die Gegenüberstellung von Stadt und Land aufrecht erhalten wird und doch, — von dem Herrn v. Blankenburg wäre es noch zu verstehen, aber solches Absondern wird ihm unbegreiflich, wenn es von Seiten seiner politischen Freunde geschieht. Herr Dunker scheint namenlich nur den Mund so voll zu nehmen, um den Stadtverordneten gegenüber zu zeigen, wie er wader gekämpft habe. Neulich ist vom König Rhemes die Rede gewesen, es ist anzunehmen, daß er keine Constable gehabt und der Staat für die Polizei-Verwaltung seiner Hauptstadt weniger als 500,000 Rthlr. betragen haben wird.

Man hat auch von dem Händedruck gesprochen, den die Städte bereit sind, dem Lande zu geben, der Händedruck wiegt 214 R. und der Händedruck des platten Landes kostet 56700 R., er ist also, wie auch natürlich, weit kräftiger. Herr v. Binde wird für das Amendingement Dunker stimmen. — Die General-Diskussion wird geschlossen und zur Special-Diskussion über § 1 übergegangen.

Der Finanzminister v. Patow findet gegen den ersten Theil des Amendingements nichts zu erinnern, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Worte auch auf § 1 des Gesetzesentwurfs No. 1 Anwendung finden sollen und werden. Dagegen müsse er sich gegen den zweiten Theil des Amendingements erklären. Er müsse widerholen, daß er trotz der Annahme des Benda'schen Amendingements es nicht ratsam erachtet, die Gebäudesteuer herabzusezen; er glaube nicht, daß es möglich sein werde, einen geringeren Prozentsatz anzunehmen, wenn man eine mäßige Mehreinnahme erzielen wolle, selbst wenn man 6, 7 oder 7½ p.C. von den Liegenschaften nehme, so würden doch nicht weniger als 8 p.C. von den Gebäudeanträgen genommen werden müssen, denn diese Steuer werde nicht von dem Brutto sondern von dem Nettoertrag gefordert, und das sei für die Gebäude sehr günstig. Eine Überbelastung der Städte sei nicht zu fürchten; seit langen Jahren wäre gegen die Servisabgabe reklamiert worden, nie aber wäre die Klage laut geworden, daß die Servisabgabe überhaupt zu hoch sei. Der Finanzminister kommt nun noch einmal auf die Mehrforderungen für die neue Heeresorganisation zurück und schließt damit, daß es sich einfach darum handle, den Mehrertrag der Gebäudesteuer für diese dringenden Staatszwecke zu verwenden.

Der Berichterstatter Burgk hat refumirt die Debatte, und schlägt nächstdem, ebenso wie der Abg. Küne (Berlin) dies proponirt hatte, vor, aus dem ersten Alinea des Amendingements die Worte: „unter der dagebst festgestellten Maßgabe“, zu streichen.

Der Präsident läßt darüber abstimmen, und wird in Folge dessen zuerst die Streichung der bezeichneten Worte, und dann die Annahme des ersten Theils des Amendingement Dunker ohne diese Worte beschlossen.

§ 2 des Gesetzes gibt zu keiner Diskussion Veranlassung und wird angenommen.

Zu § 3, in welchem die von der Gebäudesteuer befreiten Gebäude angeführt werden, sind mehrere Amendingemente gestellt, die von den Antragstattern vertheidigt und von denen angenommen werden. Das von Dr. B. v. Binde und Genossen, welches die Steuerfreiheit auch auf die gesetzdienstlichen Gebäude der mit Korporationsrechten vereinbarten Religions-Gesellschaften ausdehnt. Das von Klop und Genossen, welches anstatt der Worte: „und andere zum Unterricht bestimmt“, an einer andern Stelle einzufügen will: „die dem öffentlichen Unterricht bestimmte Gebäude“, ein drittes, das noch nicht gedruckt, und welches für die den kommunalständischen Verbänden angehörigen Gebäude von der Steuer befreit wissen will.

### Berliner Handelsstag,

3te Plenarsitzung den 24. Februar, Vormittags 11 Uhr.

Dr. Weigel (Breslau) verliest den Bericht der Kommission für Geschäftsaufordnung und periodische Wiederkehr des Handelstages (No. XXVI). Der Antrag der Kommission: die von den Berliner Handelsältesten entworfenen Geschäftsordnungen für diese Sitzungsperiode anzunehmen, vorbehaltlich der von der Kommission noch im Laufe der Periode einzubringenden Abänderungsvorschläge, wird angenommen. Den Bericht der Kommission für „Feierstättung der Ufancen“ erstattet Herr Schiemonek (Berlin). Nachdem die übrigen Anträge von No. 1. der Tagesordnung theils zurückgezogen, theils der Kommission ad XXIV überwiesen worden sind, bleibt nur noch 1., zu welchem die Kommission folgenden Antrag gestellt hat: Der Handelstag wolle beschließen, die hier vertretenen Handelsgesellschaften zu veranlassen: a) die Berechnungsart der Getreideorten nach Gericht stattfinden zu lassen; b) statt der Vermessung die Vermiegung einzuführen; c) als Norm für die Berechnung des Gewichtes zu empfehlen: bei Weizen 2100 R., bei Roggen 2000 R., bei Gerste 1800 R., bei Hafer 1200 R., bei andern Produkten durch 100 R. theilbar; und d) als Zeitpunkt, wo diese Usance ins Leben tritt, den 1. Januar.

Mario gesungen; aber statt dessen war er in der Person seines Repräsentanten Badiali nicht weniger als 62 Jahre alt und spielte deshalb in den Augen der Damenwelt einen höchst verächtlichen Verführer. Ein zweieundsechzigjähriger Don Juan mag noch so gut singen, bei Stimme sein, Talent und Erfahrung haben; sein Kluggeick wird's immer sein, daß ihm Niemand glaubt, was er spricht, Niemand zutraut, dessen er sich röhmt. Die Damen in den Logen ergingen sich denn auch wirklich in allerliebsten Bonmots auf Kosten dieses ehrwürdigen Don Juan, und es war um das Schicksal des Abends geschehen, wenn nicht Gardoni als Ottavio und die Damen Albani und Penco als Zerline und Donna Anna die Ehre der Aufführung gerettet hätten.

— (Ein Bild Schamyls.) Sr. Königl. Hoh. dem Prinz-Regenten ist kürzlich aus St. Petersburg ein interessantes Geschenk zugegangen: die fast lebensgroße Photographie des berühmten Tscherkessen-Häuptlings Schamyl (Brustbild), angefertigt in dem vortigen photographischen Institute von Denier u. Comp. Das Bild, von dem nur einige wenige Exemplare abgenommen worden, wird von Allen, die es gesehen, für ein wahres Meisterstück der Lichtbildnerei erklärt. Es stellt den gesangenen Helden in der pelzverbrämten Uniform seines Stammes dar; auf beiden Seiten der Brust die bekannten Patronen-Kapseln, auf dem Kopfe eine Art hoher Pelzmütze. Ein langer dunkler Bart wallt vom Gesicht auf die Brust hinab und markiert die ernste und resolute Miene, jedenfalls bedeutende Züge des etwa sechzigjährigen Mannes. In den kleinen aber klugen Augen scheinen sich Stolz und Entschlossenheit zu spiegeln. Die Photographie trägt die eigenhändige Namensunterschrift Schamyl's in anscheinend Türkischen Lettern.

+ (Theater.) Die romantische Oper „Der Geiger von Tyrol“ von Richard Wagner erschien zum erstenmale vor drei Jahren auf unserer Bühne und zwar mit so außerordentlich günstigem Erfolge, wie ihn seit einer Reihe von Jahren keine Oper leichteren Genres errungen hatte. Die Wiedereinführung des ansprechenden Wer-

1861 zu bestimmen. Von der Kommission ist der Antrag gestellt worden: Die Regierung zu ersuchen, von der vom Handelsministerium empfohlenen Einführung der Britischen Skala und Tabelle beim Verwegen des Spiritus abzusehen, und zu diesem Antrage wird noch das Amendingement gestellt, wenn diesem Verlangen nicht statgegeben werden sollte, die Regierung zu ersuchen, die zeitigeren Greiner'schen Alkoholometer beizubehalten, und die Richtigkeit derselben durch Stempelung zu sichern.

Es folgen noch mehrere Kommissions-Ernenntungen. — Zu No. XVIII. Aufhebung der Messen, entscheidet die Majorität sich für Behandlung im Plenum. Der Antrag, von Königsberg ausgehend, wird zurückgezogen. Ebenso der Antrag, betreffend die Armeeverfassung. Nächste Sitzung Morgen um 11 Uhr.

### Deutschland.

\*\* Berlin, den 24. Februar. In der vergangenen Woche waren die Abgeordneten der Provinz Preußen aus sämtlichen Fraktionen zusammengetreten, um eine Berathung über die aus der Provinz kommenden Petitionen in Betreff der Bestimmung der Wahlbezirke nach dem neuen Gesetzwurf zu berathen. Aus dem Regierungsbezirk Marienwerder waren drei Petitionen eingegangen: die Straßburger und Thorner, welche principiell eine Zusammenlegung dieser beiden Kreise verlangen, und eine aus Graudenz, welche den Wahlbezirk Graudenz-Straßburg wünscht. Dieser Antrag fand indeß nicht die Unterstützung der Majorität, ebenso der von Straßburg und Thorner gestellte Antrag auf Vereinigung von Löbau mit Rosenberg. Der Antrag auf Isolierung Löbau's und Zusammenlegung der drei Kreise Thorn, Culm, Straßburg zu einem Wahlkreise (von Straßburg ausgegangen), wurde mit großer Majorität angenommen. Ob die Commission diesem Antrage zustimmen wird, läßt sich jetzt noch nicht ermessen. Im Fall der Annahme dürfte wohl Briefen als Wahlort bestimmt werden.

P. B. Napoleon läßt sein Verlangen nach Nizza fallen, und spricht sich auch für die Einverleibung der neutralisierten Gebiete in die Schweiz aus. Dem Verlangen Russlands nach freien Conferenzen tritt Preußen nicht entgegen; wir bezweifeln, daß diese Conferenzen günstige Resultate haben werden. — Nachrichten aus Mecklenburg schildern die dortigen Zustände auf allen Gebieten des öffentlichen und politischen Lebens als gänzlich unhalbar. — Es sind Anzeichen vorhanden, welche darauf hindeuten, daß Dänemark des Streites endlich müde, die Herzogthümerfrage im Sinne der deutschen Ansprüche und der Abmachungen von 1851 u. 1852 zu erledigen wünscht.

— (H. N.) Es bestätigt sich, daß Preußen mit bestimmten Vorbehaltten dem von Russland hier gemachten Vorschlage eines gemeinschaftlichen Antrages auf eine Conferenz sich zustimmig erklärt hat.

— Der „Erfurter Zeitung“ wird von hier geschrieben: „Die mit der Vorberathung der Herrenhaus soll in ihrer Mehrheit gegen die dreijährige und für die zweijährige Dienstzeit sein. In Abgeordneten-Hause dürfte diese Ansicht ebenfalls nicht wenige Anhänger finden.“

Wien, 22. Februar. (Schl. 3.) Der Austausch von Mittheilungen hinsichtlich Ungarns, auf welchen im Parlament Lord Russell angewiekt hat, fand zwischen London und Wien zu Anfang dieses Monats statt. Das Cabinet von St. James hat zum Vorwande die Frage wegen der Protestanten genommen. Lord Russell behauptet, das Kaiserliche Patent vom 1. September v. J. verlege die alten ungarischen Constitutionen, es vermehrte die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und könnte Verwicklungen in den benachbarten Staaten hervorrufen, und demnach den Frieden Europas von dieser Seite zu stören. Graf Rechberg hat geantwortet und England das Recht abgesprochen, sich in die inneren Angelegenheiten Österreichs einzumischen; um das englische Cabinet zu beruhigen, fügt er hinzu, daß die Frage der ungarischen Protestanten keine kirchliche, sondern eine bloße Verwaltungssache sei. Dieser politische Zwischenfall hat keine Folgen gehabt; aber es ist sicher, daß das englische Cabinet in Ungarn seine Agenten hat und mit Aufmerksamkeit Allem folgt, was sich dort zuträgt. Man hat von dem Allein auf dem Balle des Marquis v. Pallavicini gesprochen, desgleichen von der Annäherung zwischen Österreich und Russland, die schon positiv sein soll. Der russische Gesandte war auf dem Balle sehr schweigsam und die Aristokratie schien sich auch nicht mehr um ihn zu kümmern, als auf dem Balle des Fürsten Schwarzenberg. Bemerkt wurde die Abwesenheit des französischen, englischen und preußischen Gesandten. Die allgemeine Physiognomie der Gesellschaft drückte keineswegs ein Zeichen politischer Befriedigung aus.

les in unser Opernrepertoire konnte daher vom musikliebenden Publikum umso mehr mit Freuden begrüßt werden, als die Opernvorstellungen gegenwärtig auf unserer Bühne ausschließlich rau geworden sind. Es ist bei dem gänzlichen Mangel guter neuer Opern jedenfalls zu verwundern, daß dieser „Geiger von Tyrol“ nicht bereits auf allen Bühnen sich eingebürgert hat. So viel wir wissen, ist das Werk an vier oder fünf Theatern zur Aufführung gebracht, hat überall angesprochen und dennoch bleibend die Herren Intendanten und Direktoren unthätig bei der alten Klage, mit der sich die Trägheit oder Unfähigkeit so gern entschuldigt: Es gäbe leider gar nichts Neues! ohne daß sie sich die Mühe machen, des sich ihnen darbietendem Neuen und Guten anzunehmen. Neben dem ansprechenden Süjet der Oper, der ebenso gemüthvollen als melodischen und leicht ansprechenden Musik enthält der Geiger von Tyrol außerdem den Vortheil, zweier wahrhaft brillanter Gesangspartien, in denen nur einigermaßen fähige Sänger effectuiren müssen, es sind die Partien des Geiger Jakob Stainer und der Chiarella. Die Titelrolle des Geiger gehört zu den sangbarsten und dankbarsten Aufgaben, die sich ein lyrischer Tenor nur wünschen kann. Herr Schäfle, der die Oper zu seinem Benefiz gewählt hatte, wußte damit so günstig zu wiken, wie es ihm bis dahin in noch keiner anderen Partie gelungen war. Die Stimme erschien durchgängig klangreich und wohlgebildet und die warme Anerkennung seitens des Publikums mag Herrn Schäfle als gerechte Würdigung nicht nur des bei ihm ersichtlichen Fleisches, sondern auch der ansprechenden Leistung gelten.

Nicht so glücklich war Fr. Röckel mit der Lösung ihrer Aufgabe; trotz einzelner sehr hübsch ausgesührter Coloraturen (natürlich in dem ganz vortrefflichen Terzett des dritten Aktes) wirkte ihre, alles dramatischen Lebens entbehrende, Darstellung der funkenprühenden zierlichen Rocquette lähmend auf die Gesamt-darstellung des Werkes. Die Herren Hellmuth und Jansen sowie auch Fr. Wölfel wirkten in ihren Partien mit ihren besten Kräften und dem günstigsten Erfolge.

Der Kaiser hat es schon seit längerer Zeit mißfällig aufgenommen, daß in der Behandlung der Tagesfragen seine Persönlichkeit so sehr in den Vordergrund gezogen werde. Den Blättern ist nun, der „Süd. Ztg.“ zufolge, die Weisung ertheilt, sich der Erwähnung des Monarchen, sei es in Berichten politischer Vorgänge oder spezieller charakteristischer Züge, mehr zu enthalten und die Majestät im Hintergrunde der Ereignisse ungestört weilen zu lassen. Die Behandlung der Presse, schreibt man demselben Blatte, nähert sich immer mehr dem einfachen Systeme der Censur. So ist vor Kurzem mehreren Blättern ein Artikel geraubt gestrichen und die Veranstaltung einer neuen Ausgabe abgeschlossen worden.

Wiesbaden, 20. Februar. In der heutigen allgemeinen Ausschusssitzung hat der Abgeordnete Dr. Lang bei der Anforderung der Bundesföderation den Auftrag angekündigt, die Ständeversammlung wolle die herzogliche Regierung ersuchen, bei jeder Gelegenheit allen ihren Einfluß dahin zu verwenden, daß eine deutsche Centralgewalt mit Volksvertretung geschaffen werde.

#### England.

London, 22. Februar. Die Berliner Wasserleitungsgesellschaft hielt vorgestern ein Meeting ab. Herr Buckle führte den Vorsitz. Dem vorgelegten Berichte zufolge sind sämtliche Leitungsröhren tiefer in den Boden versenkt und dadurch hoffentlich vor Schaden durch den Winterfrost gesichert. Auch die Filter-Apparate sind weit genug vorgeschriften, um zeitig im Frühjahr in Gebrauch kommen zu können. Der Profit des verlorenen Halbjahrs beläuft sich auf 1215 £. gegen 249 £. im unmittelbaren vorgehenden Semester. Es wurde beschlossen, jährlich 500 £. zur Tilgung der 7809 £. zu verwenden, mit denen die Einnahmen belastet sind.

London, 23. Februar. (H. N.) Aus Wien vom gestrigen Tage meldet Reuter's Bureau: Der Courier mit der definitiven Antwort Österreichs auf den englischen Vermittelungsvorschlag ist am 17. d. M. Abends nach London und Paris abgegangen. Die Antwort des Grafen Reichberg zählt die Gründe auf, welche Österreich zur Ablehnung hätten bewegen müssen. Erstens ändere der englische Vorschlag die wesentlichen Grundlagen des durch die Verträge von 1815 begründeten europäischen Gleichgewichts. Sodann laufe er den Grundprincipien wider, auf welchen die Legitimität der Regierungen im Allgemeinen und der österreichischen im Besonderen beruhe. Drittens vernichtete der englische Vorschlag die Rechte italienischer Fürsten, welche durch Europa garantiert seien und welche zu schützen Österreichs heilige Pflicht sei. Mit der so motivirten Ablehnung der Propositionen Englands verbündet die Reichberg'sche Antwort zugleich die Erklärung, daß Österreich für den Augenblick nicht suchen werde, durch Waffengewalt zu zerstören, was es nicht verhindern könne, daß es sich jedoch voll Freiheit des Handelns für die Zukunft vorbehalte. — Die Form der Antwort ist gemäßigt und höflich.

#### Frankreich.

Paris, 22. Februar. Die „Patrie“ bringt heute wieder einmal, und zwar in der Form eines Privatschreibens, einen Artikel über Savoyen. Sie gibt eine geographische Skizze desselben, wobei sie sich darüber ausläßt, was Savoyen sein werde, wenn es endlich Frankreich angehöre. Daraus hervorzuheben ist, daß die „Patrie“ den Montblanc für Frankreich allein in Anspruch nimmt, sie also die Forderungen der Schweiz auf die bis jetzt neutralen Bezirke Savoyens nicht billigt. Zugleich schmeichelt sie der Stadt Annecy, die ihr zufolge der Hauptort eines Departements werden muß und nicht mehr unter Chambéry stehen darf. Die letztere Stadt selbst, die gerade nicht sehr französisch ist, flösst der „Patrie“ kein größeres Wohlwollen ein, dagegen heißt sie das größte Interesse für die Savoyarden und Savoyen selbst. Ihr zufolge sind die ersten keine Kämmerer, sondern „alle verständige und kluge Leute“, und daß gerade Savoyen arm sei, ist ihr zufolge purer Unsinn, da es jedes Jahr 11 Millionen Franken Steuern bezahlt. Zum Schluss ihres Artikels bemerkt die „Patrie“: „Heute reicht Savoyen Frankreich die Hand im Namen ihres gemeinschaftlichen Ursprungs. Mögen die Franzosen sie offen und ohne Hintergedanken annehmen. Die vierzig Millionen Franzosen werden den 500,000 Savoyarden ihren Schutz leihen, die Savoyarden werden dagegen Frankreich unterstützen und Savoyarden und Franzosen unter einem gemeinschaftlichen Banner die Bahn des Fortschrittes dahin wandeln. Möge diese Vereinigung so stark werden, wie der Granit der Alpen, die bald dem gemeinschaftlichen Vaterland als Wall dienen werden; dieses ist der Wunsch aller ihr Vaterland liebenden Savoyarden.“

Der Erzbischof von Rennes, welcher von den kaiserlichen Majestäten bei deren letzter Anwesenheit in der Bretagne ganz besonders ausgezeichnet worden, hatte sich auch unter die Agitatoren wider die kaiserliche Politik begeben und war jüngst hieher gekommen, um über seine Haltung dem Kaiser Erklärungen abzugeben. Letzterer hat ihm aber keine Audienz bewilligt, sondern ihn an den Herzog von Bassano gewiesen.

Ein Priester, welcher im Viertel der Chaussee d'Antin predigt, hat der Regierung einen Brief geschrieben, worin er erklärt, er werde sich durch keine Maßregel abhalten lassen, von der Kanzel herab zu sprechen, wie es ihm sein Gewissen gebiete. — Man sagt, die „Patrie“ werde in zwei oder drei Tagen in einem Artikel anzeigen, daß Alles auf dem Wege einer Ausgleichung sei, und der Kaiser werde in seiner Rede bei Eröffnung der legislativen Session den Abschluß einer Verständigung ankündigen. Das sehr lebhafte Unterhandlungen nach allen Seiten hin geführt werden, ist gewiß.

#### Italien.

Turin, den 20. Februar. Das Kriegs-Ministerium hat 34,000 Paar Schuhe und 100,000 Cravatten bestellt. Die Waffenfabrikation in Turin, Brescia und Parma wird möglichst beschleunigt, und für Alessandria ist eine große Reis-Lieferung ausgeschrieben. — Sechs Postbrämte sollen aus wichtigen Gründen entlassen werden. — Der „Gazzetta di Torino“ vom 17. Februar zufolge soll ein Proviant-Depot für 120,000 Mann und 24,000 Pferde wenigstens für die Dauer eines Monats errichtet werden. Eine neue Brigade wird gebildet und der Credit von 12 Mill., von welchem bereits die Rede war, auf 18 Mill. erhöht. In den ersten Tagen des März sollen die Contingents-Klassen von 1830, 31, 32 und 33 unter die Waffen gerufen und eine neue Aushebung vorgenommen werden. — Ueber die englischen Depeschen, welche an Sir J. Hudson hieher gelangt sind, erfahre ich von gut unterrichteter Seite her das Nächste, daß der Hof von St. James die sardinische Regierung ermahnt, nichts mit Uebereilung zu thun und das Ende gewisser Unterhandlungen abzuwarten.

In Paris wie in Rom war unsern neuesten Nachrich-

ten zufolge die Ansicht verbreitet, eine Annäherung zwischen dem Kaiser und dem Papste sei im Gange, eine Vereinbarung werde folgen. Da der Papst wiederholt erklärt hat, daß er keinen Fuß breit vom Kirchenstaate aufgeben werde, so müßte der Kaiser mutmaßlich der nachgiebige Theil sein. Wie das Reuter'sche Telegraphen-Bureau aus Rom, 21. Februar, sich meldet läßt, hat Cardinal Antonelli dem Herzog von Grammont mitgetheilt, er werde, sobald er die Befehle des Papstes erhalten, eine Antwort auf Theuenel's Depesche geben, dieselbe aber an den päpstlichen Nunzius in Paris senden. Antonelli will also mit Grammont sich auf keine Verhandlungen einlassen. Derselben Quelle zufolge bereitet der Papst „Motu proprio“ Reformen vor, welche die Verheissungen, die er in Gaeta ertheilt hat, erfüllen und erlassen werden sollen, nachdem die päpstlichen Besitzungen verbürgt worden sind.“

Aus Mailand, 22. Februar wird telegraphirt: „Das gestern von dem Vereine der Giardino gegebene Fest, dem der König, die Minister und das diplomatische Corps bewohnten, war glänzend. Heute ging der König nach Monza auf die Jagd, während Graf Cavour nach Brescia reiste. Hente Nachmittags traf die Herzogin von Genua hier ein. Die Stadt bietet den prachtvollsten Anblick dar.“

Die Militair-Verschwörung in der neapolitanischen Armee, deren Entdeckung zur Deportation eines Offiziers und von etwa 200 Unteroffizieren und Soldaten führte, war aus langer Hand vorbereitet worden und wurde von der Polizei in Rom, die bekanntlich jetzt in Goyon's Händen ist, zuerst zur Kenntnis des Königs Franz gebracht. Ein neapolitanischer Deserteur hatte sich gerühmt, er werde bald mit höherem Range in sein Regiment zurückkehren können; Polizei-Agenten führten ihn nun in eine Kneipe, machten ihn betrunken und lockten ihm seine Geheimnisse ab, worauf die neapolitanische Regierung von der bestehenden Verschwörung in der Armee unterrichtet wurde.

#### Spanien.

Der tetuaner Correspondent der „Indépendance“ berichtet vom 11. Februar, daß die Bildung des fünften Armeecorps unter General Pavia in Andalusien in vollem Gange sei, und daß, sobald diese 7000 Mann eingetroffen, O'Donnell gegen Tangier zu rücken beabsichtige. Das durch die von der Havannah herbeigerufenen Kriegsschiffe verstärkte Geschwader solle von der Seeseite zugleich diesen Platz und vielleicht auch Magador beschießen.

(Fortsetzung in der Beilage.)

#### Danzig, den 24. Februar.

\*\* Das 600jährige Bestehen der Stadt Dirschau, dessen wir vor mehreren Wochen ausführlicher erwähnt haben, soll nach dem Beschlüsse der dortigen städtischen Behörden durch eine Zufestfeier begangen werden. Ein zur Leitung des Festes ernanntes Comité hat vorgestern einen Aufruf an die Bürger erlassen, worin es dieselben zur Bezeichnung freiwilliger Beiträge zu diesem Zwecke auffordert. Das Comité besteht aus folgenden 22 Herren: „Allert. M. Behrend. Dr. Bergau. Boltzmann. Görl. Heithaus. Hübner. Kubus. Dr. Lapham. Kaufmann. Krizinski. Krüger. Jac. Lebenstein. Mierau. Morgenroth II. Dr. Preuß. Kempel. Schwarz I. Schulz. Ulrich. Valois. Wagner. — Die Bekanntmachung des Tages und Programms des Festes erfolgt später. Hoffentlich werden die Nachbarstädte Danzig, Marienburg und Elbing nicht theilnahmlos bleiben.

+ Fräulein Jenny Meyer, welche sich von hier nach Elbing begeben hatte, um daselbst in einem Concerte aufzutreten, hat bereits gestern wieder ein zweites Concert in Königsberg, mit Unterstützung der Klavierspielerin Frl. Scheutin, im Saale des deutschen Hauses gegeben. — An eben denselben Tage kann im Königsberger Theater bereits die Meyerbeer'sche Oper: „Dinorah“, oder die Wallfahrt von Ploermel“ zur Aufführung.

+ Für die vierte und letzte unserer großen Sinfonie-Soirées wird die Beethoven'sche neunte Sinfonie vorbereitet und nehmen die Gesangproben dazu, bereits ihren Anfang. Wir wollen im Interesse dieses anerkenswerthen Unternehmens hoffen, daß sich alle Danziger Gesangskräfte mit ganzem Eifer daran betheiligen mögen.

\* (Traject über die Weichsel) Den 25. Februar:

Zwischen Terespol-Culm mit Fuhrwerken über die Eisdecke.

= Warlubien-Graudenz mit Fuhrwerken über die Eisdecke.

- Czerwinst-Marienwerder mit Fuhrwerken über die Eisdecke.

Bei Thorn geschieht der Übergang zu Fuß über die Eisdecke bei Tage.

\* Königsberg, 24. Februar. Eine Deputation von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, an deren Spitze der Präsident desselben, Hr. Prof. Simson, welche den Bau der Pillau-Königsberger Eisenbahn beim Handelsminister befürwortete, erfreute sich eines weit befriedigenderen Resultates, als die seitens der hiesigen Kaufmannschaft in gleicher Angelegenheit nach Berlin entsendeten Herren Heinrich und Schnell. Der Herr Handelsminister ist nunmehr für die Ausführung des Projekts ganz geneigt gemacht und hat die günstigsten Versprechungen gegeben. Hoffen wir, daß dieselben sich baldst realisiren. — Man ist gegenwärtig mit der Zeichnung einer massiven Brücke über den Schloßteich beschäftigt, welche lithographirt einer Aufforderung an Bauunternehmer beigegeben werden soll, ihre Offerten zum Bau der Brücke einzureichen. Da nach jeder Seite ein Stück vom Schloßteich zu gefüllt werden soll, so wird die projectierte Brücke zwar etwas kürzer als die jetzige werden, aber dennoch 334 Fuß lang sein und soll durch 7 Bögen getragen werden. — Die Prozeßlage auf der Eydtkuhner Bahn nehmen gewöhnlich auch Passagiere unentgeltlich mit, welche beliebig auf den Stationen aussteigen; der Budrang zu diesen Gratisfahrten ist natürlich ein sehr großer.

#### Handels-Zeitung.

#### Börsen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Beim Schluße des Blattes war die heutige fällige Berliner Mittags-Depesche noch nicht eingetroffen.

Hamburg, den 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen unverändert bei einiger Frage, ab Auswärts fest gehalten. Stille. Roggen loco unverändert, ab Auswärts auf leiste Preise gehalten, aber ohne Kauflust. Öl Mai 24½, October 25½. Kaffee unverändert, fest und ruhig.

London, 24. Februar. Getreidemarkt. Englischer Weizen zu Montagspreisen verkauft, fremder gefragt. Amsterdām, den 24. Februar. Getreidemarkt. Weizen und Roggen sehr fest und ziemlich lebhaft. Raub Frühjahr 65 nominell, Oktober 68½, Rück Frühjahr 37½, Herbst 39½. London, den 24. Februar. Consols angeboten. Consols 95, 1½ Spanier 34. Meridian 21½. Sardinier 85½. 5% Russen 109½, 4½% Russen 98.

Liverpool, den 24. Februar. Baumwolle: 7000 Ballen Umsatz, Preise gegen gestern unverändert. Wochenumsum 51,100 Ballen.

Paris, 24. Februar. Schluss-Course: 3% Rente 67, 85, 4½% Rente 97, 80, 3½ Spanier 43½, 1½ Spanier — Silberanleihe

Oester. Staats-Eisenbahn Aktien 503. Credit mobilier Aktien 746. Lomb. Eisenbahn-Akt. 545.

#### Producten-Märkte

##### Danzig, 25. Februar.

m. [Wochenbericht] Auswärtige Getreidemärkte berichteten größere Feiigkeit für Weizen, mit vereinzelt auftretenden etwas höheren Preisen, und gaben unserer Speculation neue Nahrung. Den Verkäufern kam die erwachende Kauflust sehr à propos, und veranlaßte sie, ihre Forderungen je nach Belieben zu erhöhen, so daß die Ausdehnung des Geschäfts sehr beeinträchtigt wurde. Außer den nicht unbedeutenden Bahn- und Landzuflüssen ist auch Mandes vom Speicher verkauft worden; im Ganzen betrug der Wochenumsum ungefähr 100 Lasten. Über Lieferungsgeschäfte fehlen genaue Angaben, um darüber erschöpfend zu berichten; wir wissen nur von einem Schlüssel über 700 Last, von den Nebenflüssen der Weichsel abzuladen.

Bezahlt wurde 135½ extra fein glasig 12½, 134½ deßgl. 12½, 134½ fein hochbunt 12½, 133½ deßgl. 12½, 130½ fein hellbunt 12½, 128½ bunt 12½, 127½ ordinair 12½, 125½.

Die Stimmung für Roggen war animirt, loco Preise stiegen durch den Bedarf für die in Ladung begriffenen Schiffe bis auf 52, 52½ lgr. per Schiff, 125½.

Termine vorzüglich frühe waren sehr gefragt, und Notirungen zogen bis 12½ an, für Sommerlieferung war zuletzt 12½ zu bedingen. Der Umfang des Geschäfts betrug circa 800 Lasten. Augenblicklich fehlt es an Anbietungen.

Gerste ziemlich lebhaft, man zahlte für kleine 109, 110 lgr. 125½, 255, 107½ lgr. 124½, — große 116 lgr. 125½ feine Cavalier bis 120 lgr. 124½.

Weisse Erbsen fester, für gute Kochware 125½—134½ gemacht. Graue vernachlässigt, 12½, 390 gehandelt.

Spiritus weniger zugeführt, blieb mit 12½ zu kaufen.

Weizen rother 129, 130—135½ von 72/3—77½/80 lgr. bunter, glasig und dunler 128—133/34½ von 72½—74—81, 82½ lgr.

feinbunt, hochbunt, hellglasig und weiß 132/3—135/62 81/82—85, 86½ lgr.

Roggen 52 lgr. per 125½, für jedes 2 mehr oder weniger ½ lgr. Differenz.

Erbse von 52/53—56 lgr.

Gerste kleine 105, 8—110, 112½ von 39/42—43/44 lgr.

große 110, 112—116, 118½ von 43/46—53/56 lgr.

für Cavalier 115/120 lgr. von 56—58 lgr. und darüber.

Hafser von 24/25—29/30 lgr.

Spiritus leichter Preis 15½ lgr. und im Detail bis 15½ lgr. per 800%.

Getreidehöfe Weiter: Frost bei SW.

Unser heutiger Weizenmarkt erfreute sich einer recht lebhaften Frage, sowohl und vorzugsweise, für alte, als auch für frische Qualität. Die bezahlten Preise sind ganz reichlich im gestrigen Verhältniß zu beurtheilen und 220 Lasten überhaupt verkauft worden.

Bezahlt ist worden für 127½ bunt 125, 129½ deßgl. 125, 130½, 140, 145, 147, 151, 152, 153½, 154½, 155½, 156, 157½, 158½, 159½, 160½, 161½, 162½, 163½, 164½, 165½, 166½, 167½, 168½, 169½, 170½, 171½, 172½, 173½, 174½, 175½, 176½, 177½, 178½, 179½, 180½, 181½, 182½, 183½, 184½, 185½, 186½, 187½, 188½, 189½, 190½, 191½, 192½, 193½, 194½, 195½, 196½, 197½, 198½, 199½, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325

Fröhliche Gemeinde.  
Sonntag, den 26. Februar, Vormittags 10 Uhr,  
Gottesdienst im Saale des Gewerbehause. Predigt: Herr Dr. Duit.

### Danziger Privat-Action-Bank.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntnis,  
dass in unserem Comtoir,  
Langgasse Nr. 59,  
Capitalien in jeder Größe von 50 R. an, in  
durch 10 theilbaren Summen zur Verzinsung an-  
genommen werden.

Wir vergütten auf Conto Lit. A. mit dem Vor-  
behalt einer zweimonatlichen Kündigung 3 %  
Zinsen pro anno. Von der vorbehalteten Kün-  
digung machen wir nur in außergewöhnlichen Zei-  
ten Gebrauch, in der Regel werden die eingele-  
gten Gelder auf Verlangen sofort zurückgewährt  
und, insofern sie mindestens einen Monat bei der  
Bank gestanden haben, auch die Zinsen für den  
ganzen Zeitraum vergütet.

Auf Conto Lit. B., mit einer unbedingt fest-  
stehenden sechsmonatlichen Kündigungsfrist, be-  
willigen wir 3½ % Zinsen pro anno. Die über  
die einzabteten Summen lautenden Empfangs-  
bescheinigungen können von den Deponenten sofort  
entgegen genommen werden. [7152]

Der vollziehende Direktor. Der Kendant.  
Schottler. Raschke.

Nothwendiger Verkauf.  
Königl. Stadt- und Kreis-Gericht  
zu Danzig,  
den 16. Februar 1860.

Das den Erben der Witwe Caroline Mader  
geh. Heide gehörige Grundstück Langgasse Nr. 18 des  
Hypotheckenbuchs, Nr. 15 der Servitanslage, abges-  
chäft auf 788 R. zufolge der nebst Hypothekenchein  
im Bureau V. einzuzeichnenden Taxe, soll

am 15. September 1860,

Vormittags 11½ Uhr,  
an ordentlicher Gerichtsstelle subhäftigt werden.

Alle unbefannten Rechtspractidenten werden auf-  
geboten, sich, bei Vermeidung der Præclusion spätestens  
in diesem Termine zu melden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypo-  
theckenbuche nicht erlediglichen Realsforderung aus  
den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihre  
Ansprüche bei dem Subsistations-Gerichte anzumelden.

[7372]

### Bekanntmachung.

Ein zum hiesigen Leuchtturme gehöriger Holz-  
und Dachschuppen, 40' lang, 25' breit, 9½ im  
Stiel hoch, mit Dänen bekleidet und mit Pfannen  
gedeckt, soll unter Vorbehalt des Zuschlages der  
Königl. Regierung zu Danzig meistertend öffent-  
lich verkauft werden und ist dazu ein Termin

am Donnerstag, den 1. März cr.,

Vormittags 11 Uhr,  
im Bureau des Unterzeichneten angesetzt, woselbst  
die näheren Bedingungen in den Dienststunden ein-  
zusehen sind. [7282]

Neufahrwasser, den 13. Februar 1860.

Der Hafen-Bau-Inspector

Ehrenreich.

Bekanntmachung.

Nachdem es mir höheren Orts genehmigt worden  
mein Grundstück Groß Lichtenau No. 2 A. u. B.  
von 7 Hufen ehemalig. Boden erster Klasse, in einzel-  
nen Parzellen von 15 bis 19 Morgen Größe zu ver-  
äußern, so habe ich zur Lizitation derselben einen

Termin auf

Montag, den 5. März a. c.,

Vormittags um 10 Uhr,  
an Ort und Stelle anberaumt.

Kauflustigen werden mit dem Bemerkern hierzu  
eingeladen daß die Bedingungen im Termin bekannt  
gemacht, die Punktationen der Verträge durch einen  
anwesenden Notar sofort aufgenommen und von den  
Interessenten am folgenden Tage beim Königl. Kreis-  
gerichte Marienburg anerkannt werden sollen. Die  
von dem Regierungs-Condukteur Blonski am 5.  
September 1859 aufgenommene Karte, so wie das  
Vermessungs-Register liegen schon jetzt beim Unter-  
zeichneten zur Einsicht bereit.

Groß Lichtenau bei Marienburg, 14. Febr. 1860.

[7247] Friedrich August Peschner.

In L. G. Homann's Kunst- und  
Buchhandlung in Danzig, Jopengasse 19,  
ist zu haben:

Akademie komischer Vorträge.

Herausgegeben  
von der Redaktion des Komikers.

Mit einem colorirten Stahlstichbilde.  
9 Bogen, eleg. geh. Preis nur 10 R.  
Es enthält diese neue Sammlung komischer  
Vorträge das Neueste, Draufschäfte aus dem Ge-  
biet der Komik, ganz besonders für die Carné-  
valssaisone geeignet. [7369]

Berlin. Verlag von Otto Janke.

Fl. 250,000,

200,000, 150,000, 40,000, 20,000,

5000 bis abwärts fl. 125 kann man gewinnen, bei

dem von der Credit-Anstalt in Wien aufgenommenen  
Eisenbahn-Anlehen der R. R. Österreichischen Pri-  
oritätsloose. Für die am 1. April statt-  
findenden 8. Gewinnziehung dieses Anlehens emp-  
fiehlt unterzeichnetes Handlungshaus Voß a. R. 3.  
pr. Stück, 11 Stück à R. 30, unter Zusicherung der  
promptesten und aufrücksamsten Bedienung.

Plane um jede nähere Auskunft steht Ledermann  
gratis zu Diensten.

Rudolph Strauß,  
Banquier in Frankfurt a. M.

Panama-Hüte zur Wäsche nach  
Berlin werden an-  
genommen bei

Wilh. Kutschbach.

[7379]

7341

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers, Druck und Verlag von A. W. Kastemann in Danzig.

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341

7341</

# Beilage zu Nr. 537 der Danziger Zeitung.

Sonnabend, den 25. Februar 1860.

## Landtags-Verhandlungen.

P. B. 17. Sitzung des Abgeordneten-Hauses,  
am 23. Februar.  
(Schluß.)

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Gesetzentwurf No. 4., betreffend die für die Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen und Bevorzugungen gewährende Entschädigung.

In der General-Diskussion meldet sich kein Redner zum Wort und der Präsident erklärt dieselbe daher für geschlossen.

Die ersten 4 Paragraphen werden darauf nach der Fassung der Commission ohne Discussion angenommen. Dieselben lauten:

§ 1. Für die durch das Gesetz vom heutigen Tage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuern von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken, angeordnete Auferlegung neuer Grundsteuern wird in dem durch die §§ 2—10 des gegenwärtigen Gesetzes bestimmten Umfange eine Entschädigung aus der Staatskasse gewährt. Die Feststellung dieser Entschädigung erfolgt nach dem Ergebnis der Steuer-Veranlagung, welche auf Grund des erstgedachten Gesetzes zu bewirken ist, und zwar nach Maßgabe des Mehrbetrages, welcher an Grundsteuer von den gedachten Grundstücken im Vergleich von den bisher schon von denselben entrichteten grundsteuerartigen Abgaben (§ 6 desselben Gesetzes) vom 1. Januar an zur Staatskasse abgeführt werden muss.

§ 2. Die Besitzer solcher ländlichen oder städtischen Güter oder Grundstücke, welchen die Grundsteuer-Befreiung oder Bevorzugung mittels eines läufigen Vertrages oder mittels eines für das einzelne Gut oder Grundstück oder für mehrere namhaft gemachte Güter oder Grundstücke ertheilten speziellen Privilegiums vom Staat verliehen ist, oder welche den Nachweis führen, daß ihrem Gute oder Grundstück aus einem andern Titel des Privatrechts der Rechtsanspruch auf Steuerfreiheit dem Staaate gegenüber zur Seite steht, erhalten den zwanzigfachen Betrag des dem Gute oder Grundstücke an Grundsteuer (§ 1) auferlegten Mehrbetrages als Entschädigung. Sind jedoch in dem Vertrage oder dem Privilegium in dieser Beziehung anderweitige Bestimmungen getroffen, so behält es bei diesen sein Bewenden.

§ 3. Wenn von einem Gute oder Grundstücke an den Domainen- oder Forst-Fiskus Abgaben entrichtet werden, und der Besitzer des ersten nachzuweisen vermag, daß in diesen Abgaben eine Grundsteuer mitenthalten sei, so wird demselben anstatt einer besonderen Entschädigung ein dem Betrage der neu festgestellten Grundsteuer entsprechender Theil der Domainen-Abgabe erlassen. Dies findet auch in dem Falle statt, wenn bereits früher eine Aussonderung der unter der Domainen-Abgabe befindlichen Grundsteuer stattgefunden hat, die ausgesonderte Grundsteuer aber hinter dem Betrage der neu festgestellten zurückbleibt. Sind Domainen-Abgaben der gedachten Art aber bereits vollständig oder bis auf einen, die neu auferlegte Grundsteuer nicht erreichenden Betrag abgelöst, so wird dem Besitzer derjenige Theil des gezahlten Ablösungs-Capitals zurückstattet, welcher dem in der gedachten Abgabe enthalten gewesenen Grundsteuerbetrag entspricht.

§ 4. Die Besitzer solcher, zum platten Lande gehörigen Güter oder Grundstücke, denen ein Rechtstitel der im § 2 gedachten Art nicht zur Seite steht, haben den dritten Theil des diezen Gütern oder Grundstücken auferlegten Mehrbetrages an Grundsteuer (§ 1) ohne Entschädigung zu übernehmen, dagegen erhalten sie für die übrigen zwei Drittheile deren zwanzigfachen Betrag als Entschädigung.

Ohne Diskussion werden ferner § 5—14 angenommen. Dieselben lauten:

§ 5. Ausgeschlossen von der nach § 4 zu gewährenden Entschädigung bleiben die Besitzer 1. solcher Güter oder Grundstücke, deren Steuerfreiheit schon nach der besonderen, in dem betreffenden Landesteile bestehenden Grundsteuer-Berfassung im Laufe dieses Jahrhunderts geistlich aufgehoben worden ist, sich aber tatsächlich erhalten hat; 2. derjenigen Güter oder Grundstücke, von denen nachgewiesen ist, daß sie, den bestehenden Vorschriften entgegen, ohne Übernahme eines verhältnismäßigen Steuer-Anteils von anderen landesüblich besteuerten Gütern oder Grundstücken abgetrennt sind und deren tatsächliche Steuerfreiheit auf dem im § 4 des § 1 angeführten Veranlagungs-Gesetzes vorgeschriebenen Wege befestigt wird.

§ 6. Für die den städtischen Feldmarken und den nicht von der Gebäude-Steuer mitbetroffenen Liegenschaften in den Städten, (§ 2. No. 3. des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken) neu auferlegte Grundsteuer wird eine Entschädigung nur dann gewährt, wenn der Gesamtbetrag der nach dem Gesetz vom heutigen Tage, betreffend die Einführung einer allgemeinen Gebäude-Steuer, für die betreffende Stadt veranlagten Gebäude-Steuer mit dem Betrage der, der städtischen Feldmark neu auferlegten Grundsteuer zusammen genommen, den Gesamtbetrag der von der Stadt seither entrichteten Grundsteuer und grundsteuerartigen Abgaben (§ 2. No. 2. u. 3. des zuletzt angeführten Gesetzes) übersteigt. In Fällen dieser Art ist der 20fache Betrag von zwei Dritttheilen des verbleibenden Mehr-Steuerbetrags der betreffenden Stadtgemeinde als Entschädigung zu gewähren.

Jedoch darf die Entschädigungs-Summe den 20fachen Betrag von zwei Dritttheilen des der städtischen Feldmark und den nicht von der Grundsteuer mitbetroffenen Liegenschaften in den Städten überhaupt nicht auferlegten Grundsteuer-Betrags in keinem Falle übersteigen.

Ob und in welcher Weise die Entschädigungs-Summe auf die einzelnen Besitzer der Grundstücke in der Feldmark nach Maßgabe des Betrages der ihnen auferlegten Grundsteuer zu verteilen sei, ist durch Gemeinde-Beschluß festzustellen.

§ 7. Bei den Berechnungen, welche Beaufsichtfung des Entschädigungs-Betrages anzulegen sind, wird jedes für sich bestehende Grundstück oder Gut nach seinem gegenwärtigen Besitzzusammenhang (§ 7. des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer) abgesondert behandelt.

§ 8. Der Anspruch auf Gewährung einer Entschädigung, nach den in den §§ 2, 3 und 4 gegebenen Bestimmungen muß von dem Besitzer des betreffenden Guts oder Grundstücks, oder von dessen Stellvertreter binnen drei Monaten nach erfolgter Benachrichtigung von dem endgültig festgestellten Betrage der künftig zu entrichtenden Grundsteuer bei der Regierung desjenigen Bezirks, in welchem das Gut oder Grundstück belegen ist, schriftlich angemeldet werden, widrigfalls der Anspruch selbst erlischt und nicht weiter berücksichtigt werden darf. Der Anmeldung sind die auf den Entschädigungs-Anspruch habenden Beweistücke beizufügen, unbeschadet des Rechts, dieselben bis zur endgültigen Entscheidung nachträglich beizubringen. In Betreff der im § 6 bezeichneten Entschädigung hat die Regierung die Verfolgung der Ansprüche binnen der

vorgeschriebenen Frist durch die Gemeinde-Vorstände von Amtswegen zu veranlassen.

§ 9. Sofern bei der neuen Veranlagung ein Gut oder Grundstück, welches derselben zu unterwerfen war, übergegangen sein sollte, muß dies von dem Grundeigentümmer oder von dessen Vertreter binnen drei Monaten nach dem Erscheinen der, den Abschluß des Veranlagungs-Werkes in dem Regierungs-Bezirk verkündenden Amtsblatt-Bekanntmachung bei der in letzterer zu bezeichnenden Behörden angezeigt werden, widrigfalls bei einer späteren Heranziehung des Grundstückes zur Grundsteuer eine Entschädigung überhaupt nicht gewährt werden.

§ 10. Zur Prüfung der angemeldeten Entschädigungs-Ansprüche, sowie zur Entscheidung über dieselben und zur Feststellung der Entschädigungsbeträge wird eine besondere Commission niedergesetzt.

Dieselbe erläßt in jedem einzelnen Falle, nach vorheriger Erörterung und Begutachtung desselben durch die Regierung, zunächst eine vorläufige Entscheidung, welche dem Bevölkerung mit dem Öffnen und mit der Wirkung zugesetzt wird, daß diese vorläufige Entscheidung, wenn nicht eine bei der Regierung einzureichende Erklärung darüber binnen sechs Wochen nach dem Empfang der Entscheidung erfolgt, die Kraft einer endgültigen Festsetzung erlangt, gegen welche ein weiteres Rechtsmittel nicht stattfindet. Werden in der bezeichneten Frist Einwendungen erhoben, so erläßt die Commission demnächst ihre schließliche Entscheidung. — Der Rechtsweg ist gegen diese Entscheidung der Commission nur dann zulässig, wenn die letztere einen auf die Bestimmung des § 2 begründeten Rechts-Entschädigungs-Anspruch nicht anerkennt.

Der Richter hat jedoch nur über das Recht auf Entschädigung, nicht über den Betrag der letzteren zu erkennen, sofern nicht in dem Vertrage oder Privilegium besondere Bestimmungen über die Höhe der Entschädigung getroffen sind. Die gerichtliche Klage muß binnen einer Präclusiv-Frist von drei Monaten nach Empfang der schließlichen Entscheidung der Commission bei dem zuständigen Gerichte eingereicht werden.

§ 11. Die Commission (§ 10) besteht unter dem Vorsitz des Finanzministers oder des von ihm zu ernennenden Stellvertreters:

- 1) aus einem Rath des Finanzministeriums,
- 2) = Justizministeriums,
- 3) = Ministeriums des Innern,
- 4) = Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten, und

5) = drei Mitgliedern des Obertribunals, welche von den betreffenden Ministern ernannt werden. Die Commission ist beschlußfähig, wenn außer dem Vorsitzenden mindestens 4 Mitglieder und unter diesen 2 der unter No. 2 und No. 5 bezeichneten Mitglieder anwändig sind. Sie faßt ihre Beschlüsse nach Stimmenmehrheit. Im Falle der Stimmengleichheit giebt die Stimme des Finanzministers oder seines Stellvertreters den Ausschlag.

§ 12. Die festgestellten Entschädigungs-Beträge werden in Gemäßheit der von dem Finanz-Minister zu ertheilenden näheren Bestimmungen in Staatschuldverschreibungen nach deren Nennwerthe oder in baarem Gelde geleistet. Die Haupt-Verwaltung der Staatschulden hat zu diesem Beauftrag über den Gesamtbetrag der nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Entschädigungen Staatschuld-Verschreibungen auszufertigen, welche nicht über andere Beiträge, als über 1'000 Thlr., 500 Thlr., 100 Thlr., 50 Thlr., 25 Thlr. und 10 Thlr. laufen dürfen, vom 1. Januar . . . ab jährlich mit vier vom Hundert verzinst und mit Eins vom Hundert der Gesamtsumme, so wie mit dem Betrage der durch die fortschreitende Amortisation erbsparnen Zinsen der Gesamtsumme getilgt werden müssen. Dem Staat bleibt vorbehalten, den Tilgungsfonds zu verstärken, sowie den Gesamtbetrag der Schuldverschreibungen gegen baare Auszahlung ihres Nennwerths wieder einzuziehen. Den Inhabern der Schuldverschreibungen steht ein Kündigungsschreit nicht zu. Wegen Verjährung der Zinsen, wegen Abschaffung der zur Verzinsung und Tilgung erforderlichen Beiträge an die Haupt-Verwaltung der Staatschulden, sowie wegen Verwendung des Tilgungsfonds finden die Bestimmungen der §§ 3, 4 und 5 des Gesetzes vom 7. Mai 1851, betreffend die Tilgung der freiwilligen Anleihe vom Jahre 1848 und der Staats-Anleihe vom Jahre 1850, so wie die Überweisung der Letzteren an die Haupt-Verwaltung der Staatschulden mit der Maßgabe Anwendung, daß im Falle der Verlorenung der einzulösenden Schuldverschreibungen dieselbe nicht in den Monaten März und September, sondern in den Monaten Dezember und Juni zu geschehen hat.

Die §§ 13 und 14, welche die näheren Anordnungen über die Auszahlung der Entschädigungs-Summen enthalten, werden gleichfalls ohne Diskussion angenommen.

Zu § 15 hat der Abg. Dunker (Berlin) einen Zusatzantrag gestellt, den wir bereits in einer früheren Korrespondenz mitgetheilt haben. Derselbe wird nach einigen Worten des Abg. Reichenberger (Geldern), der denselben als weitergehend, als die Vorlage bezeichnet, angenommen. Der § 15 lautet demnach: Sämtliche Entschädigungs-Beträge, welche auf Grund des § 4 zu zahlen sind, so wie diejenigen gemäß § 2 festgestellten Entschädigungs-Beträge, welche im Ganzen die Summe von 25 Thlr. nicht erreichen, oder bis zu dieser Summe neben Staatschuldverschreibungen in baarem Gelde gezahlt werden (Kapitalspalten), oder welche den vierfachen Betrag derjenigen Grundsteuer nicht übersteigen, welche von den Grundstücken, in Ansehung deren die Entschädigung gewährt wird, vom 1. Januar . . . im Ganzen entrichtet werden muß, sind den legitimirten Entschädigungsberechtigten zur freien Verfügung auszuhändigen (s. Igt der Zusatzantrag Dunkers). Dasselbe geschieht mit höheren, auf Grund des § 2 gewährten Entschädigungs-Beträgen, sofern Seitens des Entschädigungs-Berechtigten durch das Hypothekenbuch, oder in dessen Ermangelung auf andre Weise der Nachweis geliefert wird, daß sein Grundstück weder Fideikommiss, noch mit beständigen abschaffbaren Abgaben, Lasten oder Renten, noch mit Pfandbriefen oder sonstigen Hypothekschulden belastet ist.

Ohne Diskussion werden weiter die §§. 16—20 angenommen, welche wieder die näheren Ausführungen der vorigen enthalten.

Zu § 21 hat der Abg. Dunker (Berlin) wieder ein Amendement gestellt. Dasselbe lautet: „Infofern bei der in Folge des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die Veranlagung und Erhebung der Grundsteuer von den bisher befreiten oder bevorzugten Grundstücken vornehmenden Veranlagung die demselben Eigentümmer in derselben Gemeinde-Feldmark oder in derselben Gutsbezirks-Feldmark gehörigen Grundstücke mit mehr als 6 vom hundert des Reinertrags mit Grundsteuer belastet worden sind, ist zwar der Berechnung des Entschädigungs-

Betrages (§ 7) der ganze Mehrbetrag der auferlegten Steuer (vergl. §§ 1. u. 4.) zu Grunde zu legen, die Aushändigung, beziehungsweise Verwendung der Staatschuldverschreibungen sowie die Auszahlung etwaiger Capitalspalten (§ 15) erfolgt aber vorläufig nur in so weit, als dieselbe die Entschädigung für eine Mehrbelastung bis zu 6 v. hundert des Reinertrags bilden. — Der Ueberrest der ausgefertigten Staatschuldverschreibungen wird einstweilen von den Regierungshauptkassen aufbewahrt und es werden dem Entschädigungs-Berechtigten nur die Zinsen dieser zurückbehaltenen Staatschuldverschreibungen ausgezahlt. Die definitive Regulirung des Entschädigungs-Anspruches erfolgt in Fällen der bezeichneten Art, sobald das in § 3 des Gesetzes vom heutigen Tage, betreffend die anderweitige Regelung der Grundsteuer, vorbehaltene Gesetz ergangen ist, und zwar nach Maßgabe des in diesen Gesetzen enthaltenen Procentsatzes. Die danach etwa nicht zur Aushändigung resp. Verwendung kommenden Staatschuldverschreibungen werden sodann an die Hauptverwaltung der Staatschulden abgeliefert welche dieselben zu vernichten hat. — Dieser Zusatz wird, nachdem sich der Finanzminister mit demselben einverstanden erklärt hat, ebenso wie der § 21 angenommen. Derselbe lautet: Mit Ausschluß der gesetzlichen Prozesse sind alle Verhandlungen der Gerichte, so wie diejenigen der Verwaltungsbehörden und der im § 10 angeordneten Kommissionen in Angelegenheiten, welche sich auf die Gewährung einer Entschädigung für die Aufhebung der Grundsteuer-Befreiungen oder Bevorzugungen nach den Bestimmungen dieses Gesetzes beziehen, stempel- und gebührenfrei. (Folgt der Zusatz.)

Die Schlussparagraphen 22 u. 23 des Gesetzes werden gleichfalls ohne Diskussion angenommen und die Debatte über die Gebäude-Steuer auf morgen anberaumt.

## Deutschland.

Berlin, 23. Februar.

Der Antrag der Abg. v. Prittwitz-Zumloh (Münster), v. Stodhausen und 51 Genossen lautet:

„Das Haus der Abgeordneten wolle die Erwartung aussprechen, daß die Königliche Staatsregierung mit der von ihr bereits in den Vorjahren begonnenen Aufbesserung der Gehälter der Staatsbeamten in der verheissen Art bald thunlichst fortfahren und dieselbe nicht weiterhin noch aussehen werde.“ Motive: Das von Regierung und Landesvertretung bereits wiederholt und als dringlich anerkannte Bedürfnis und die trotz dessen in dem Staatshaushalt-Etat pro 1860 vermisste Auszeichnung des dahin abzielenden Ausgabe-Betrages.“

Der „Deutsch. Botsch.“ schreibt: Wie überhaupt die Anstellung von Juden im preußischen Staatsdienste nicht beliebt ist, so auch bei der Militär-Verwaltung, bei welcher noch kürzlich ein Fall vorgekommen sein soll, daß einem angesehenen Juden die Aufnahme seines Sohnes in ein Kadettenhaus versagt wurde. Die Armee soll jetzt auf anderen Grundlagen als den bisherigen, organisiert werden, um eine größere Kriegsfähigkeit zu erlangen, und insbesondere nicht der französischen Armee nachzustehen, die jetzt allgemein als die kriegsfähigste betrachtet wird. Vor allen Dingen wird der in dieser Armee herrschende Grundsatz anzunehmen und anzuwenden sein, daß ohne Unterschied des Standes und des religiösen Bekennnißes ein jeder Zutritt zur Armee und nach Maßstab der Fähigung Beförderung darin erlangen. Wie dieser Grundsatz in der französischen Armee in Beziehung auf Juden praktische Anwendung gefunden hat, ergibt sich aus der Zahl ihrer jüdischen Offiziere.

Es gibt deren bei der Infanterie: 8 Stabs-Offiziere, wovon einer Corps-Chef, 30 Capitains, 34 Oberleutnants, 28 Unter- oder Secondlieutenants;

bei der Cavallerie: 3 Stabs-Offiziere, 7 Capitains, 12 Lieutenants, 16 Unterlieutenants;

bei der Artillerie: 4 Stabs-Offiziere, 8 Capitains, 13 Lieutenants, 3 andere Offiziere;

beim Geniewesen: 2 Stabs-Offiziere, 9 Capitains, 7 Lieutenants, 1 Militär-Intendant, 7 Unter-Intendanten;

und außerdem: 9 Offiziere in der Militärverwaltung, 2 im Generalsstab, 2 in der Gendarmerie und 47 Militär-Arzte und andere Sanitätsbeamte.

Die jüdische Bevölkerung in Frankreich beträgt nur etwa 100,000 Selen. Sie hat daher einen verhältnismäßig größeren Anteil an den Offiziersstellen als die anderen Confessionen. Gleicher ist bei den Unteroffizierstellen der Fall, da in Frankreich zwar ein Jeder militärfähig ist, jedoch einen Stellvertreter dienen lassen kann, so zeigen die vorstehenden Angaben, daß die Mezigkeit der Juden in Frankreich zum freiwilligen Militärdienste sehr stark und ihre Fähigung dazu sehr hervorragend sein muß. Daß sie durch vollkommene Gleichberechtigung im Militär- sowohl als im Staats-Dienste viel eher patriotische Franzosen als bei uns durch Zurücksetzung patriotische Preußen sein werden, bedarf keines Beweises.

Italien.

Rom, 18. Febr. (S. 3.) So lange General Goyon hier Ordnung hält, wird seine Geduld auf keine so harte Probe gestellt, wie in den letzten acht Carnevalstagen. Ein Aufstand erklärte, einen von der Polizei gestempelten octroyierten Carneval könnten die Römer nicht brauchen; Petermann sei deshalb aus der Stadt vor die Thore ins Freie geladen, sich des Festes zu freuen. So blieb der Corso täglich leer, nur daß hier und da eine Gruppe bezahlter Proletarier in Maskenkleidern herumlief. Aber auch das wurde von den Mäzen verhindert, da auch sie einige Häuser zusammenbrachten, die unter dem Vorwande, zu scherzen, die französischen Wachen mit Mehlcoufetti, Kränzen und Blumen fast blendeten oder zu Boden warfen. Gestern wurde der schelmische Spaß durch einen strengen Verhaftungsbefehl unterfangt. Heute war der Corso der Liberalen vor Porta Pia der Tummelplatz von mehr als 500 Wagen und 20,000 Menschen, denen ambulante Musikkörpe aus dem Jahre 1849 her wohlbekannte revolutionäre Weisen von höher gelegenen Weinbergen herunter spielten. Die Tricolore erschien dabei in mannigfaltigen Abzeichen. In den Osterien und Winzerhäusern war offene Tasel. Während des Bacchanals kamen aus der Stadt, wo sich über den Corso Todtenstille gelagert hatte, 20 Gendarmen zu Pferd, machten indessen beim Anblick einer so großen, aufgeriegelten Menschenmenge, unter der sie sich doch nur verloren hätten, sogleich wieder Linksum.

## Literatur.

— Es hat sich in Wien ein Verein talmudischer Autoritäten und angesehener Israeliten zur Herausgabe eines Talmud mit allen Commentaren gebildet, welcher an Volligkeit, Schönheit und Correctheit alle in Österreich erschienenen und letzter Zeit angekündigten Ausgaben weit übertreffen wird. Der Verein hat die Ausführung dieses israelitischen National-Werkes der typographischen Anstalt von Zamarski. Dittmarsch in Wien übertragen, welche durch mehrere große hebräische Werke ihren Ruf auch in dieser Richtung gerechtfertigt hat.

Des großen Kaufmannes Samuel Budgett Lebensgeschichte. Nach der 20. Auflage des englischen Werkes von C. Schlesinger.\*

Die große Anzahl Auslagen, die dieses Büchlein in England erlebt, und zwar in einem Zeitraum von etwa 8 Jahren, müsste ihm ein äußerst günstiges Prognostik in der deutschen Literatur stellen. Wahrscheinlich ist aber der Absatz des Werkes ein so reichender in England gewesen, weil viele Leute den Kaufmann Budgett sehr wohl kannten, und dadurch ein persönliches Interesse erzeugt ward. In Deutschland ist die zweite Auflage erschienen. Wenngleich der Inhalt weder spannende Momente noch irgend welche Abenteuer darbietet, und in den ersten Kapiteln manches Überflüssige vorhanden sein mag, so stellen sich doch die Prinzipien Budgetts als so praktisch und nachahmenswerth in den Vordergrund, daß der Kaufmann aus der Lectire dieses

\* Im Verlag von Otto Hendel. Halle 1860.

Büches manchen Nutzen ziehen kann. Wir glauben daher, das Büchlein allen Kaufleuten und Fabrikanten wohl aus Herz legen zu dürfen.

## Handels-Zeitung.

\* Elbing, den 24. Februar. (Orig. Ver.) Witterung: gelinder Frost. Wind: West.

Die Zufuhren von Getreide sind ziemlich stark. Die Preise für Weizen und Roggen sind höher, die für die übrigen Getreidegattungen unverändert.

Von Spiritus sind seit 8 Tagen 45,000 Quart zugeführt, Preise unverändert.

Verkauft sind an der Produktionsbörsen seit dem 22. d. M. 3161 Scheffel Weizen, 2671 Scheffel Roggen, 438 Scheffel Gerste, 80 Scheffel Hafer, 322 Scheffel Erbsen, 42 Scheffel Widen.

Bezahlt ist für:

Weizen hochbunt 128,35 g 76 — 81 g, bunt 125,31 g 72,3 — 77,2 g, roth 129,30 g 73 g, abfallend 125,28 g 68 — 69 g.

Roggen 51,2 g, per 130 g, Lieferung 7. Juni-Juli 52,2 g per 130 g.

Gerste groÙe 109,113 g 45 — 48,2 g, kleine 101,5 g 32 — 38,2 g.

Hafer 67,79 g 22,2 — 29 g.

Erbsen, weiße Koch: 52 — 53 g, Futter: 50 — 50,2 g, grüne 63 g.

Widen 55 g.

Thymotheesaaft 8,5 per 100 g.

Spiritus g. 16 — 16,2 per 800 g 2 Tr.

\* Königsberg, 23. Februar. Wind SW. — 1,2.

Weizen unverändert, hochbunter 130 — 135 g 80 — 84 g bez.,

bunter 128 — 132 g auf 74 — 81 g gehalten, rother 130 — 133 g 77 — 79 g bez.

Roggen starker, loco 121 — 129 g 50 — 53,2 g bez., Termine

bei schwachem Umsatz, 80 g preuß. per Frühjahr 51,2 g. Br., 50 g.

120 g per Mai und Juni 49 g. Br., 48,2 g.

Gerste unverändert, große 100 — 112 g auf 40 — 49 g. gehal-

ten, kleine 104 — 106 g 40 — 41 g. bez.

Hafer nominell, loco 70 — 80 g 26 — 29 g.

Erbsen preishaltend, weiße Kochware bis 56 g. bez.

Widen fest, 54 — 56 g. bez. Bohnen 61 — 63 g.

Kleesaat nach Qualität, rothe per 100 g 8 — 11 g. bez., weiße no-

minell 25 — 30 g.

Timotheesaaft 9,2 g. bez.

Spiritus, den 23. Februar loco gemacht 16,2 g. ohne Fass,

den 24. Februar loco Verkäufer 16,2 g. und Käufer 16,2 g. ohne Fass;

per Februar Verkäufer 16,2 g. und Käufer 16,2 g. ohne Fass;

per Frühjahr Verkäufer 18,2 g. und Käufer 17,2 g. mit Fass. Alles

per 8000 g 2 Tr.

Vromberg, 24. Februar. Witterung: rauh und kalt; Wind: N.

Die Zufuhren von Getreide waren in dieser Woche gegen früher

nur schwach. Preise haben sich wesentlich gesenkt.

Heiner weißer 85 — 87 g schwerer Weizen bedarf 62 — 64 g. per

25 Scheffel; mittelstein weiß und bunt, 83 — 85 g schwer, 60 — 62 g.

gewöhnliche bunte Sorten, 80 — 84 g im Gewicht, 66 — 59 g. per 25

Scheffel.

Für Roggen machte sich bei den gestiegenen Frühjahrs- und Loco-

Preisen in Berlin rege Kauflust geltend und bedarf schöne 84 — 85 g

schwere Waare 42 — 43 g. per 25 Scheffel; gewöhnliche Sorten, 82 bis

83 g schwer, 41 g. per 25 Scheffel.

Von Gerste kamen nur große Kleinigkeiten zu Markt und zwar

zweizeitig, die in schöner Qualität bei einem Gewicht bis 75 g 41 g.

Nach Röhren ist für hier, Thorn und Polen noch immer große

Nachfrage. Die hier und in Röbel verwittert liegenden leeren Röhre

sind bereits sämtlich engagiert und auch der größte Theil der auf der

Reise bis Landsberg a/W. liegenden Fahrzeuge. Demzufolge werden

nicht nur in Polen, sondern auch in bisheriger Gegend zum Frühjahr um-

fangreiche Verladungen stattfinden.

## b) Personenpost:

Aus Warschau: Dienstag und Sonnabends 12

Uhr Mittags, durch Kowno Donnerstags und

Montags früh, in St. Petersburg Sonntags

und Donnerstags 7½ Uhr früh.

Personengeld von Warschau bis St. Petersburg

für einen Platz im Innern des Wagens 56 Rub. Silb., für einen äußern Platz 40

Rub. Silb.

Reisende, welche Plätze für die ganze Tour bis

St. Petersburg belegen, erhalten unbedingt den

Vorzug vor solchen Reisenden, welche die obigen

Posten nur bis Kowno oder bis zu einer anderen

Zwischen-Station benutzen wollen.

## 5. Von Warschau nach Kowno.

Personenpost aus Warschau: Sonntag, Montag,

Mittwoch und Freitag 12 Uhr Mittags, in

Kowno Dienstag, Mittwoch, Freitag und Sonn-

tag 3½ Uhr früh.

Personengeld von Warschau bis Kowno für einen

Platz im Innern des Wagens 18 Rub. 80

Rub. Silb., für einen äußern Platz 15 Rub. 1

Rub. Silb.

## 6. Von Warschau über Brzesc-Litewsk nach Moskau.

### a) Schnellpost.

Aus Warschau: Montag 7 Uhr Abends, durch

Brzesc-Litewsk Dienstag Abends, in Moskau

Sonnabend 6½ Uhr Abends.

Personengeld: für einen Platz im Innern des

Wagens bis Brzesc-Litewsk 9 Rub. 28 Kop. Silb.,

bis Moskau 70 Rub. Silb.;

für einen äußeren Platz: bis Brzesc-Litewsk 7 Rub. 42 Kop. Silb., bis

Moskau 50 Rub. Silb.

### b) Personenpost.

Aus Warschau: Dienstag und Freitag 7 Uhr Abends,

durch Brzesc-Litewsk Mittwoch und Sonnabend 5½

Uhr Nachmittags.

Personengeld: für einen Platz im Innern des

Wagens: bis Brzesc-Litewsk 9 Rub. 28 Kop. Silb.,

bis Moskau 59 Rub. Silb.;

für einen äußeren Platz: bis Brzesc-Litewsk 7 Rub. 42 Kop. Silb., bis

Moskau 41 Rub. Silb.

### Auton. Holz in Frankfurt a. Main.

fau ist und welche bis dahin das Personengeld bezahlt haben.

## 7. Von Warschau nach Brzesc-Litewsk.

Personengeld aus Warschau: Sonntag, Mittwoch,

Donnerstag und Sonnabend 7 Uhr Abends,

in Brzesc-Litewsk: Montag, Donnerstag, Freitag

und Sonntag 3 Uhr Nachmittags.

Personengeld von Warschau bis Brzesc-Litewsk:

für einen Platz im Wagen 9 Rub. 30 Kop. Silb.,

für einen äußeren Platz 7 Rub. 42 Kop. Silb.

Auf sämtlichen vorgedachten Posten hat jeder Reisende

20 g Gepäck frei. Für das Übergewicht sind 5

Kopeken Silber pro g zu zahlen. In Bezug auf die

Vorausbestellung von Plätzen wird den Reisenden

empfohlen, sich dieserhalb nur direkt an die Kaiserlich

Russischen Post-Anstalten zu wenden, die Vermittlung

von Zwischenpersonen aber zu vermeiden.

In Fällen, wo den Reisenden für die Plätze eine

höhere Bezahlung, als der Tarif bestimmt, abgenom-

men worden ist, haben dieselben bei der Kaiserlich Russischen

Ober-Post-Verwaltung in St. Petersburg Klage

zu führen.

Zu den Posten von Taurrogen und von Warschau

nach St. Petersburg können bei den Kaiserlich Russischen

Post-Anstalten in Taurrogen und Warschau

Plätze durch den Telegraphen bestellt werden, jedoch

unter der Bedingung, daß der bestellte Platz auch

in dem Falle bezahlt werden muß, wenn derselbe in

Folge verspätet eintreffens des Reisenden oder aus

einem anderen Grunde nicht benutzt wird. Bei der

Aufgabe der telegraphischen Bestell-Dienste müssen

zugleich die Kosten für die Rückantwort, welche von

den betreffenden Kaiserlich Russischen Post-Anstalt darüber

erhoben wird, ob der gewünschte Platz noch zu

haben ist oder nicht, entrichtet werden.

Loose werden zu dem billigsten Preis geliefert und beliebt man sich **hazligst direkt**

zu wenden an das Bank- und Staats-Elektron-Geschäft

[6320]

Zur gefälligen Beurteilung: daß die obige Gewinnziehung haben nur solche Loose.

Gilt es für jedermann Beurteilung, daß die Wagen

nicht von Personen besetzt sind, deren Reiseziel Mos-

cow ist? Es dirige für jedermann zu lernen, es ist derselbe gratis zu haben und wird **französisch**

überschrieben.

Es dirige für jedermann zu lernen, es ist derselbe gratis zu haben und wird **französisch**

überschrieben.

Es dirige für jedermann zu lernen, es ist derselbe gratis